

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2004/2238(INI)

20.4.2005

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Ausschuss für Kultur und Bildung

zur Umsetzung der Informations- und Kommunikationsstrategie der
Europäischen Union
(2004/2238(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Sylvia-Yvonne Kaufmann

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

Zur Strategie in ihrer Gesamtheit

1. begrüßt es, dass zum ersten Mal das Parlament ersucht worden ist, noch vor der Vorlage durch die Kommission über die Informations- und Kommunikationsstrategie der Union zu beraten, und es somit tatsächlich Einfluss auf den endgültigen Inhalt dieser Strategie nehmen kann, anstatt nur darauf zu reagieren; hält dies für einen äußerst positiven Schritt auf dem Weg zur Ausweitung seiner Aufgaben bezüglich der demokratischen Kontrolle der Tätigkeit der Kommission;
2. betont, dass das Ziel der Informations- und Kommunikationsstrategie in erster Linie darin bestehen sollte, die Bürger der Union ständig und umfassend über die Funktionsweise der Organe der Union zu informieren, um ihre Kenntnisse, ihr Interesse und ihre Beteiligung an den Angelegenheiten der Union weiter zu entwickeln und sie der Union näher zu bringen;
3. fordert eine umfassende gemeinsame Aussprache im Plenum über die von der Kommission vorgelegte Strategie und den Bericht des Ausschusses für Kultur und Bildung, an der sich auch der Rat beteiligen sollte;
4. ist der Ansicht, dass diese Aussprache zu einer gemeinsamen Erklärung über die Leitlinien für gemeinsame Informationsmaßnahmen der drei Organe führen könnte, wobei die spezifischen Befugnisse der einzelnen Organe und ihr Recht, eigene Informationsmaßnahmen durchzuführen, geachtet werden sollten;
5. ist der Auffassung, dass eine jährliche Aussprache über die Umsetzung der Strategie und der gemeinsamen Erklärung stattfinden sollte, um die Auswirkungen der von den drei Organen durchgeführten Maßnahmen zu beurteilen und diese gegebenenfalls neu auszurichten;

Zur Verfassung

6. betont, dass die Informations- und Kommunikationskampagne zur Verfassung die Hauptpriorität im Rahmen der Informations- und Kommunikationsstrategie der Union in der nächsten Zukunft darstellen sollte;
7. ist der Auffassung, dass diese Priorität aus einer doppelten Perspektive angegangen werden sollte:
 - Die Institutionen der Union sind dazu verpflichtet, die Bürgerinnen und Bürger klar und objektiv über den Inhalt der Verfassung und die Tragweite der durch sie im Vergleich zu den geltenden Verträgen eingeführten Änderungen zu informieren,

- außerdem haben das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission die politische Aufgabe, die Ratifizierung der Verfassung zu unterstützen, wobei sie stets in Übereinstimmung mit den Mitgliedstaaten vorgehen und die einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften berücksichtigen müssen;
8. betont in Bezug auf die Information über den Inhalt der Verfassung die besondere Bedeutung folgender Elemente:
 - Organisation spezieller Seminare für Journalisten über die Verfassung – in den Mitgliedstaaten und auch in Brüssel – mit dem Ziel, den Inhalt der Verfassung klar und objektiv zu vermitteln und etwaige Desinformationen betreffend den Inhalt der Verfassung zu korrigieren,
 - Notwendigkeit der Ausarbeitung spezieller Aktivitäten für die akademische Welt, insbesondere durch die Fokussierung des Aktionsprogramms „Jean Monnet“ auf Fragen der Europäischen Verfassung, die Abhaltung von Seminaren über die Verfassung an den Hochschulen, einen Beitrag zur inhaltlichen Gestaltung der akademischen Programme und die Förderung von Studien oder Veröffentlichungen über Fragen der Europäischen Verfassung,
 - verstärkte Förderung der Nutzung moderner Technologien, insbesondere durch einen Internet-Zugang zum Text der Verfassung und Erklärungen zu ihrem Inhalt sowie Internet- und Telefondienste zur Beantwortung von Fragen betreffend den Inhalt der Verfassung;
 9. betont, dass die im Rahmen des Programms PRINCE verfügbaren Mittel vor allem für die Förderung der öffentlichen Debatte über die Verfassung mit Blick auf die Ratifizierungskampagnen in allen Mitgliedstaaten, besonders aber in den Mitgliedstaaten, in denen eine Volksbefragung durchgeführt wird, genutzt werden sollten;
 10. hält es deshalb für wünschenswert, dass Parlament und Kommission so eng wie möglich zusammenarbeiten, insbesondere durch die Unterzeichnung von gemeinsamen Absichtserklärungen mit allen Mitgliedstaaten, die dies wünschen; ist der Ansicht, dass sich das Parlament an allen Initiativen der Kommission auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Regierungen der jeweiligen Mitgliedstaaten beteiligen sollte;
 11. betont, wie wichtig es ist, auch die nationalen Parlamente, wann immer dies möglich ist, an diesen Initiativen zu beteiligen;
 12. weist mit Nachdruck auf die wichtige Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft in den Ratifizierungsdebatten und die Notwendigkeit hin, ausreichende Unterstützung für diese Organisationen bereitzustellen, damit diese die Wählerschaft überall in der Union in die Debatten einbinden können, um so die aktive Teilnahme der Bürger an den Debatten über die Ratifizierung zu fördern.

VERFAHREN

Titel	Umsetzung der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union
Verfahrensnummer	2004/2238(INI)
Federführender Ausschuss	CULT
Mitberatender Ausschuss	AFCO
Datum der Bekanntgabe im Plenum	16.12.2004
Verstärkte Zusammenarbeit	
Verfasser(in) der Stellungnahme	Sylvia-Yvonne Kaufmann
Datum der Benennung	20.1.2005
Prüfung im Ausschuss	14.3.2005 20.4.2005
Datum der Annahme der Vorschläge	20.4.2005
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Richard Corbett, Panayiotis Demetriou, Andrew Duff, Maria da Assunção Esteves, Jo Leinen, Rihards Pīks, Marie-Line Reynaud, Alexander Stubb, Johannes Voggenhuber
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Pervenche Berès, Antoine Duquesne, Ashley Mote, Georgios Papastamkos, Reinhard Rack, György Schöpflin, Jacques Toubon
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	